

KOMMENTAR

Im Zweifel für den David



Von Bastian Mühling

Würde es einen Preis für Hartnäckigkeit geben, Johanna Petraschka und Christa Baumgartner hätten ihn verdient. Seit Jahren wehren sich die Pleintinger mit ihrer Bürgerinitiative gegen die drohende Teilung des Ortes. Eigentlich ist Pleinting ohnehin schon durch die Bahnstrecke getrennt. Die Deutsche Bahn lässt aber nicht locker, will auf Teufel komm raus ihre drei Meter hohe Lärmschutzwand aufstellen.

Den Teufel in Johanna Petraschka & Co. hat die Bahn damit geweckt. Es ist ein ewiges Hin und Her. Versprechen hier, abgewiesene Klage dort. Die Gerichtsverhandlung in München hat gezeigt: Die Deutsche Bahn ist entgegen ihrer Versprechen nicht bereit, eine Lösung zu finden.

Mit dem Urteil zu argumentieren, ist für die Deutschen Bahn nicht angebracht. Nur der Richter muss sich an den Rechtsnormen von 2016 orientieren, die Bahn nicht. Entgegen der Aussage der Deutschen Bahn geht es in der politischen Diskussion sehr wohl darum, welche Variante besser ist. Und wenn die Pleintinger eine niedrigere Lärmschutzwand wollen, damit sie ihren Blick auf die Donau und den Ortskern weiter genießen können – warum muss ein Goliath wie die Deutsche Bahn dann in einem Kampf gegen den David Pleinting seine Macht beweisen? Ganz einfach: Es geht ums Geld. Die drei Meter hohe Lärmschutzwand bekommt die Bahn zu 100 Prozent vom Bund finanziert, die niedrigere Wand in Kombination mit innovativen Maßnahmen nicht.

Die Stadt Vilshofen, zu der Pleinting seit der Eingemeindung gehört, zählt hier zu den Davids. Vilshofen verbaut viel Geld in Pleinting. Gerade erst wurde der Ortskern zum Schmuckkästchen saniert und dann will ihr die Bahn eine Berliner Mauer hinknallen. Um das zu verhindern, ist die Politik in Berlin gefragt. Das Verkehrsministerium muss zeigen, dass sich der hartnäckige Kampf gegen den Goliath lohnt.



Moment des Innehaltens: Am Ende verharren Pater Richard, Schüler und Lehrer lange, bis der neue Prior mit den Ministranten den Altarraum verlässt.

– Foto: Baumgartl

Weihnachts-Frieden

Realschule feiert berührenden Gottesdienst mit dem neuen Prior – Buben applaudieren am Ende

Vilshofen. Die Freude muss einfach raus: Am Ende des vorweihnachtlichen Gottesdienstes brechen am Freitag die 400 Schweiklberger Realschüler in Applaus aus.

Als Schulleiter Michael Zenger am Ende allen Beteiligten dankt, allen voran dem neuen Prior Administrator P. Richard, klatscht die ganze Kirche. Dieser Gottesdienst sei ein „wunderschönes Geschenk“. Fast zur Ehrenbezeugung statt zur Auszugsmusik für den Geistlichen werden dann die gemessenen Klänge des „Little Drummer Boy“, den die Bläsergruppe von der Empore ins Kirchen-

schiff schickt: Schüler und Lehrer halten lange stehend inne, bis der neue Leiter des Klosters zurück in die Sakristei zieht.

Das zurückliegende Jahr war von Konflikten zwischen Kloster- und Schulleitung geprägt. Es gab Unterschriftensammlungen und eine Schüler-Demo. Zum Ende des alten Schuljahres hielt kein Pater den Gottesdienst, Schüler und Lehrer mussten statt dessen eine Andacht gestalten – ebenso im aktuellen Schuljahr. Umso größer war die Freude am Freitag.

Tags zuvor hatten sich die

Verantwortlichen des Klosters als Schulträger zusammen mit den Finanzierungsgebern der Schule und der Schulleitung zu einem „konstruktiven Jahres-



abschlussgespräch“ getroffen, wie Landrat Franz Meyer, Bürgermeister Florian Gams und der Finanzdirektor des Bistums

Passau, Dr. Josef Sonnleitner, in einer gemeinsamen Presseerklärung feststellen. Sie gratulierten mit ihren Mitarbeitern dem frisch gewählten Prior Administrator P. Richard zu dessen hohem Amt. Dass er den Weihnachtsgottesdienst zelebrieren werde, verkörpere schon das Zueinanderfinden und Zusammenhalten. Mit den guten Ergebnissen zur Zusammenarbeit könne nun ein positiver Blick in die Zukunft der Realschule geworfen werden.

Im Rahmen des Gesprächs mit den finanziell Beteiligten an den Haushaltsangelegenheiten der Schule erläuterten Cellerar

Bruder Clemens und Schulleiter Michael Zenger die bisherigen Anforderungen und notwendigen Investitionen im und am Gebäude, Digitalpakt und –budget von Freistaat und Bund sowie den nötigen Glasfasersanschluss.

Am Ende waren sich alle einig, dass der gemeinsame Termin konstruktiv Wirkung gezeigt und man gemeinsam an einer guten Zukunft gearbeitet habe. Die Beteiligten sind optimistisch für „ein gutes gemeinsames neues Jahr und darüber hinaus“.

– heb

Klage abgewiesen – Weiter geht's!

Urteilsbegründung zur Lärmschutzwand in Pleinting steht noch aus – Johanna Petraschka und Bürgerinitiative wollen sich an Politik wenden

Von Bastian Mühling

Pleinting. Johanna Petraschka gibt nicht auf – auch wenn es immer schwieriger wird, den Kampf zu gewinnen, den sie und ihre Tante Christa Baumgartner seit Jahren führen. Der Verwaltungsgerichtshof München hat gerade die Klage von Christa Baumgartner gegen die Lärmschutzwand in Pleinting abgewiesen. Das hat Baumgartners Anwalt Bastian Reuße Mitte der Woche beim Gericht erfragt. Die genaue Urteilsbegründung steht noch aus. Der beklagte Bereich geht von der Bahnbrücke bis zum Ende der Alten Straße.

Ein Besuch bei Johanna Petraschka. Sie ist 2. Vorsitzende der Bürgerinitiative „Innovativer Lärmschutz Pleinting“, kommt mit einem Stapel Akten, den sie kaum tragen kann. „Das sind meine Recherchen“, sagt sie. Manchmal, da schreckt sie nachts aus dem Bett hoch. Zum Beispiel, wenn ihr ein neues Argument einfällt oder ein möglicher Gesprächspartner. Besucht man sie nach dem Urteil, trifft man eine Frau, die aufgebracht ist. Immer wieder schüttelt sie den Kopf. Aber nicht über das Urteil, sondern über die Deutsche Bahn.

„Dass die Klage abgewiesen wurde, kommt nicht völlig überraschend“, sagt Anwalt Bastian Reuße. Die Klage sieht er als „unterstützendes Element in einer politischen Diskussion“. Aus juristischer Sicht sei das Ganze so zu sehen: Der Richter muss sich an den Rechtsnormen von 2016 orientieren. Aus diesem Jahr datiert der Planfeststellungsbeschluss. „Was seit 2016 passiert ist, spielt in rechtlicher Hinsicht keine Rolle“, erklärt Reuße. Die Deutsche Bahn könne allerdings die „Maßnahme an die aktuell geltenden Richtlinien anpassen“.



Papierchaos im Hause Petraschka: Johanna Petraschka inmitten ihrer unzähligen Akten und Dokumente zur Lärmschutzwand in Pleinting. Nach der Klageabweisung sucht sie den Weg über die Politik.

– Fotos: Mühling

Was seit 2016 passiert ist, interessiert die Deutsche Bahn aber nicht. So sehen das zumindest Johanna Petraschka und die Bürgerinitiative (BI). „Die Bahn zieht das durch, um Recht zu haben“, meint sie. Eigentlich seien mittlerweile niedrigere Lärmschutzwände und innovative Maßnahmen wie Schienenstegdämpfer zugelassen. „Die niedrigere Wand ist immer noch billiger als die Preissteigerung, mit der die Bahn argumentiert“, sagt Petraschka.

Ein Anruf bei Dandan Su von der Deutschen Bahn. Sie ist Leiterin der Lärmsanierung in Bayern. Gegenüber dem Vilshofener Anzeiger bestätigt sie: „Wir wollten das mit gutem Willen klären.“ Inzwischen seien allerdings zwei



Das Geländer hat die grüne Farbe der drei Meter hohen Lärmschutzwand, die die Deutsche Bahn in Pleinting bauen will.

Jahre vergangen. „Es macht keinen Sinn noch länger zu warten, weil der Baupreis steigt.“ Das Projekt sei zu 100 Prozent vom Bund finanziert. Deshalb müsse die Bahn Förderrichtlinien einhalten. „Das Nutzen-Kosten-Verhältnis muss mindestens Größe 1 haben.“ Die Förderrichtlinien sind öffentlich zugänglich. Eine kurze Überprüfung bestätigt die Aussage von Su. Sie führt weiter aus: „Der Wert bei den von Petraschka vorgeschlagenen teureren Maßnahmen liegt deutlich unter eins.“ Diese seien somit nicht förderfähig. „Nach unseren Untersuchungen würde eine drei Meter hohe Wand den optimalen Lärmschutz bringen“, erklärt Su.

Da sind sich Petraschka und die BI nicht so sicher. „Die Bahn legt keine genauen Berechnungen vor.“ Sie habe nie einen Beweis bekommen, dass durch die hohen Wände auch der Lärm verschwinde. Und: „Die Bahn lässt für Millionen Euro Tests machen, wendet aber nichts an.“

„Der Richter hat der Bahn die Möglichkeit für einen Vergleich gegeben“, erzählt Petraschka. In der Verhandlung gab es eine Unterbrechung, in der noch einmal diskutiert wurde. Die Bahn blieb bei ihrer Meinung. Die Unterbrechung hat Dandan Su (DB) so in Erinnerung: „Das Gericht legte der Klägerin nahe, die Klage zurückzunehmen.“ Danach hätten die Kläger aus Su Sicht die Entscheidung gerne vertagt. Die Deutsche Bahn habe allerdings darauf gedrängt, die Entscheidung sofort zu treffen. Darauf angesprochen, betont Petraschka, dass sie die Klage bewusst nicht zurückgezogen hat. Zurückziehen wäre wie aufgeben gewesen. Anwalt Reuße erklärt, dass die Unterbrechung zur Diskussion über einen Vergleich und eine mögliche Klage-Rücknahme gedacht war. „Frau Petraschka hat sofort zu mir gesagt, dass sie die Klage nicht zurückziehen wollen.“

Eigentlich hatte die Bürgerinitiative Grund zur Hoffnung auf eine Lösung. Bei einem Gespräch 2017 sicherte Alexander Pawlik, oberster Lärmsanierer der Bahn, eine Lösung zu. Im Juni 2019 schrieb Hans-Georg Zimmermann, Sprecher Lärmschutz, „dass es im Rahmen des Verfahrens durchaus zu einer für beide Seiten tragfähigen Lösung kommen könnte“.

Von einer solchen Lösung hat die Bahn laut Petraschka mittlerweile Abstand genommen. Deshalb will sich die Bürgerinitiative nun an die Politik wenden. In

einer Stellungnahme des Verkehrsministeriums (BMVI) vom 11. November 2016 heißt es, dass das BMVI die Deutsche Bahn gebeten habe, „unabhängig von der anhängigen Klage nach Wegen zu einer einvernehmlichen Lösung mit den Anliegern zu suchen“. Auf diese Versprechen beruft sich Petraschka, wenn sie sagt: „Wir wollen an die zuständigen Politiker herantreten und fordern, die Versprechungen, die sie gemacht haben, auch einzulösen.“

Auch Anwalt Bastian Reuße glaubt, dass der politische Weg der Weg sei, „der zum Erfolg führen kann“. Man könnte es aber auch noch einmal juristisch versuchen. Die nächste Instanz: das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Sobald man das genaue Urteil hat, könne man „eine Beschwerde gegen die Nicht-Zulassung der Revision einlegen“, erklärt der Anwalt. Er erwartet eine Urteilsbegründung im Januar. Aber: „Solche Beschwerden haben nur ganz selten Erfolg.“ Johanna Petraschka sagt: „Wir wollen uns noch nicht festlegen.“

Bis der Beschluss rechtskräftig ist, muss die Deutsche Bahn die Baustelle noch zurückhalten. Dandan Su erzählt, dass es mittlerweile auch schon zwei schriftliche Anfragen von anderen Anwohnern gegeben habe. Allerdings in die umgekehrte Richtung. Nach dem Motto: „Wann fangt ihr endlich an?“

In München waren neben Petraschka auch die Töchter von Christa Baumgartner, Ulrike und Roswitha, sowie Bürgermeister Florian Gams. „Wir sind auf gleicher Linie wie die Interessensgemeinschaft“, sagt er. Die Aussichten auf eine Lösung über die Politik betrachtet Gams als „nicht hoffnungslos“. Einen Versuch sei es wert.